

POSTULAT von Eva Torp (SP, Hedingen), Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden) und Patrick Hächler (CVP, Gossau)

betreffend Klimaneutrale Verwaltungstätigkeit innert 15 Jahren

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Verwaltungstätigkeit so zu organisieren, dass sie innert 15 Jahren klimaneutral ausgeführt wird. Der gesamte CO₂- und Treibhausgasausstoss der Verwaltungseinheiten sowie der öffentlichen Institutionen mit Leistungsauftrag ist bis zum Jahr 2021 abzubauen, bzw. durch kompensierende Massnahmen wett zu machen.

Bei der Umsetzung der Massnahmen soll möglichst das lokale Gewerbe berücksichtigt werden.

Eva Torp
Susanne Rihs-Lanz
Patrick Hächler

185/2006

Begründung:

Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll bis zur ersten Verpflichtungsperiode 2008-2012 zu einer Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen um 8 Prozent gegenüber 1990 verpflichtet. Gemäss der Referenzentwicklung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) besteht eine Kyoto-Ziellücke von 2,5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr. Dringende Massnahmen sind also gefragt und der Kanton Zürich ist gefordert, einen angemessenen Beitrag zur Erreichung der Kyoto-Ziele zu leisten. Der Basler Regierungsrat hat beschlossen, die Gesamtverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren. Das lokale Gewerbe unterstützt den Plan, da die Sanierungsmassnahmen zu neuen Aufträgen führen.

Der Zürcher Regierungsrat hat mit Beschluss vom November 1986 ein Programm festgelegt, das energetische Sanierungen und den Einsatz neuer Energien in kantonalen Liegenschaften vorsieht, scheint aber mit der Realisierung dieses Programms nur langsam voranzukommen.

In der Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 106/2005 wird ersichtlich, dass ein grosses Potential zur Reduktion des CO₂-Ausstosses bei den kantonseigenen Liegenschaften vorhanden ist, da eine Reduktion des CO₂-Ausstosses am wirkungsvollsten durch eine Reduktion der Verbrennung fossiler Energieträger zu Heizzwecken erreicht wird. Zusätzlich besteht Handlungsbedarf bei sämtlichen kantonalen Fahrzeugen und Dienstreisen.

Als gute Beispiele gehen Swiss-Re und die ZKB voran:

Der Swiss-Re-Konzern hat sich im Rahmen des «Greenhouse Neutral»-Programms verpflichtet, innerhalb von zehn Jahren CO₂-neutral zu operieren. Ziel dieses Programms ist es, den selbst verursachten CO₂-Output um 15 Prozent zu reduzieren. Die verbleibenden 85 Prozent werden – wie das auch die Basler Regierung plant – durch Investitionen in CO₂-Reduktionsprojekte Dritter wettgemacht.

Die ZKB hält in ihrem Geschäftsbericht 2005 fest, die Bankleitung habe beschlossen, bis 2010 schrittweise die vollständige CO₂-Neutralität zu erreichen.